Die Anklagerede Weltis im Worowski-Prozeß.

Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 176
16. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT:

Auswärtige Sorgen und innere Schwierigkeiten in der Tschechoslowakei. Von Kreibich 1485

Deutschland.
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1486

Politik.
Die britische Reichskonferenz und die Arbeiterschaft. Von Murphy 1487

Wirtschaft
Die Deutsche Rentenmark. Von Praski 1488

Arbeiterbewegung.
Der Berliner Buchdruckerstreik. Von G. 1489

Weißer Schrecken.
Die Anklage des Genossen Welti im Worowski-Prozeß. (Schluß.) 1489

Rote Hilfe
Die KPTsch. und die Internationale Rote Hilfe. . . 1491

Buchbesprechung.
Wssewolod Iwanow: „Farbige Winde". Von Cs. . . 1492

Aufrufe.
Heraus zur Hilfe für die revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens! 1492

Auswärtige Sorgen und innere Schwierigkeiten der Tschechoslowakei.

Von Karl Kreibich (Prag).

** Der **Besuch** des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, **Masaryk**, in **Paris**, der schon seit Monaten geplant war, und der trotz der Gefahr der Kompromittierung, die jetzt jedem anständigen Menschen eine freundschaftliche Berührung mit Poincaré und Millerand bringt, nicht unterblieben ist, zeugt von dem Ernst der Lage in Europa und vor allem von dem Ernst der Lage, in der sich heute die Tschechoslowakei befindet. Vor drei Monaten habe ich an dieser Stelle ausführlich auseinandergesetzt, warum und in welcher Weise Masaryk und Benesch bemüht sind, um die Gefahr der völligen Unterordnung unter den politischen und militärischen Oberbefehl Poincarés und Fochs herumzukommen; ich habe aber auch gesagt, daß sich diese Politik des Drumherumkommens nicht lange wird aufrechterhalten können. Es scheint, daß diese Politik schon am Ende ihres Lateins angelangt ist. Die überschwengliche Festlichkeit des Empfangs Masaryks in Paris, die in einem so schroffen Gegensatz steht zu dem ruhigen, sachlichen und freundschaftlichen Empfang in England, und die bombastischen, von Demonstrationen der Funk- und Flugzeuggeschwader begleiteten Reden, die da gehalten wurden, waren nichts als die Maskierung einer Kapitulation Masaryks und Beneschs vor Poincaré. Und die geistvollen Reden Masaryks über Demokratie und Philosophie, bei denen die beiden Streberadvokaten Poincaré und Millerand nach den Berichten von Augenzeugen gähnten, konnten nicht bestehen bei dem trockenen Begrüßungswort des „Temps", der, inspiriert nicht nur vom Gelde, sondern auch vom Zynismus seines Herrn, dem guten, alten, braven Philosophen Masaryk, riet, seine Philosophie und seinen Humanismus mit derselben Begründung fahren zu lassen, mit der Masaryk einst dem russischen Mönch den Verlust der alten Religion erklärte: daß eben der Kinderglaube dem reifen Mannesalter weichen müsse.

Das zweite beachtenswerte Zeichen, daß die Lage sehr ernst ist, war das **Exposé**, das Herr **Benesch** nach der Pariser Reise dem Parlament erstattete. Es war vor allem in manchen Punkten ziemlich konkret, was allein schon bei Herrn Benesch etwas Unerhörtes ist. Der Jubel über den großartigen Empfang des Präsidenten in Paris, der in den Besuchstagen selbst die offiziösen Prager Schmöcke wahre Purzelbäume schießen ließ, klang in der Rede des Herrn Außenministers nur sehr gedämpft wider, und über der ganzen Darstellung der auswärtigen Politik lag ein Ton des Ernstes und der Besorgnis. Zum ersten Male aber mußte Herr Benesch zugestehen, daß das **deutsche Problem** das wichtigste Problem der europäischen, ja sogar der Weltpolitik sei. Seine Ansicht gipfelte darin, daß ohne Amerikas Mitarbeit eine baldige Lösung der Reparationsfrage unmöglich sei, und daß in der nächsten Zeit kein entscheidender Schritt geschehen, sondern daß man die Entwicklung der Dinge in Deutschland abwarten werde. So deutlich hat Benesch die Ohnmacht der internationalen Politik der kapitalistischen Welt noch nicht zugestanden. Ueber den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung sagte Benesch:

„Wir bleiben in dieser Lage **neutral** und erfüllen gegenüber Deutschland unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag. In die eventuellen weiteren Ereignisse in Deutschland werden wir uns nicht einmischen, ob sie nun den Charakter einer Aktion von links oder von rechts annehmen. Wir verlangen nur, daß keine derartigen Aktionen unsere Grenzen, unsere Rechte und Interessen gefährden und daß sie auch nicht die Grenzen der Nachbarstaaten, besonders Oesterreichs, überschreiten, demgegenüber wir durch Verträge, besonders durch den Genfer Vertrag, verpflichtet sind."

Daß Herr Benesch, um sich über die traurige Beschaffenheit der Gegenwart zu trösten, einen Ausflug in die lichtere Zukunft unternahm, die nach ihm in der Entwicklung der Demokratie und des Völkerbundes liegt, sei ihm herzlich vergönnt. Bezeichnend war schon, daß er diesmal über **Rußland** sehr knapp und sehr dunkel sprach. Daß er die jetzige

russische Regierung und die von ihm selbst in Prag aufgepäppelte und gehätschelte russische Emigration in seiner Betrachtung auf eine Stufe stellte, zeigt, wie auch hier das Hin- und Herschwanken immer schwieriger wird. In keinem Punkte hat Benesch eine so unaufrichtige und schwankende Politik getrieben, wie in der russischen Frage. Nun scheint ihm Poincaré auch das nicht mehr erlauben zu wollen.

Interessanter fast als das Exposé des Ministers war das Echo, das durch dieses Exposé ausgelöst wurde. Die Regierungsparteien, mit Ausnahme der Nationaldemokraten, haben ja in der auswärtigen Politik weder Richtung, noch Linie, noch Glauben. Sie variierten in ihrer Presse und ihren Parlamentsreden einfach das Exposé. Die Nationaldemokraten, die Partei des tschechischen Finanzkapitals, haben eine Linie der äußeren Politik, die vor der des Herrn Benesch den Vorzug der Klarheit hat: sie sind für die Politik Poincarés und für die Vernichtung Sowjetrußlands. Ihre Presse konstatierte nach dem Besuch des von ihr in der letzten Zeit oft angegriffenen Präsidenten in Paris mit kühlem Siegerlächeln: Endlich sagt er, was wir schon immer gesagt haben; wir sind ganz zufrieden. Herr Kramarsch, sonst unversöhnlicher Gegner Beneschs, sprach in der Debatte über das Exposé auffallend zurückhaltend und sachlich — ein Zeichen, daß die extreme Rechte der tschechischen Bourgeoisie recht zuversichtlich in die Zukunft sieht und glaubt, ruhig abwarten zu können. Interessant war an der Rede des Sprechers dieses Teils der tschechischen Bourgeoisie — der doch auch den extremen tschechischen Nationalismus vertritt — das rührende Plädoyer für die deutsche Bourgeoisie. Herr Kramarsch sprach der deutschen Bourgeoisie sein Mitleid aus, was schier wie eine Solidaritätserklärung und wie ein Ahnen der aller Bourgeoisie gemeinsamen Gefahr der deutschen Revolution klang.

Die Reden der Vertreter der deutschen Parteien im Parlament waren nichtssagend wie gewöhnlich. Interessant war das Verhalten der verschiedenen Parteien zur russischen Frage. Die Nationaldemokraten und Klerikalen begnügten sich, ihren ungewöhnlichen Standpunkt gegenüber Sowjetrußland zu betonen. Die Agrarier schwiegen über Rußland, wie gewöhnlich. Die tschechischen Sozialisten waren zurückhaltend, und der Sprecher der tschechischen Sozialdemokraten wagte zum ersten Male einige sachliche Sätze über Sowjetrußland. Zum ersten Male fielen aber auch von sozialdemokratischer Seite einige skeptische Bemerkungen über die Pflege der russischen reaktionären Emigranten und über die Zweideutigkeiten der Politik Beneschs gegenüber Rußland.

Daß die kommunistische Fraktion die Gelegenheit benutzte, um eine Solidaritätserklärung für das deutsche Proletariat und eine scharfe Protesterklärung gegen das Bündnis mit Poincaré abzugeben, daß ferner ihr Sprecher der schwankenden Diplomatie des Herrn Benesch die klare Forderung der wohlwollenden Neutralität gegenüber der deutschen Revolution und das Interesse der Massen des Proletariats, des Kleinbauerntums und des Kleinbürgertums der Tschechoslowakei am Siege der deutschen Revolution entgegenstellte, ist selbstverständlich, wie er auch die unaufrichtige, schwankende Politik des Herrn Benesch gegenüber Sowjetrußland scharf kritisierte.

*

Daß den regierenden Männern der Tschechoslowakei in ihrer Haut nicht sehr wohl ist, hat aber auch seine Ursache in **innerpolitischen Schwierigkeiten**. Seit den Gemeindewahlen ist es offenkundig, daß die heutige Regierungskoalition keine Mehrheit der Bevölkerung, der Wählerschaft hinter sich hat. Die Regierungspresse hilft sich darüber hinweg, indem sie das eine Mal behauptet, man habe doch die Mehrheit, und das andere Mal wieder auseinandergesetzt, daß man diese Mehrheit gar nicht haben müsse. Auf jeden Fall aber verhindert die Regierung so lange als möglich die Veröffentlichung der amtlichen Wahlstatistik. Inzwischen hofft man, die slowakischen Volksparteiler irgendwie für die Regierungskoalition zu gewinnen. Zu diesem Zwecke verhandelt man mit ihrem Führer, Pater Hlinka, während man zu gleicher Zeit gegen ihn Flugblätter verbreitet, in denen er als Defraudant hingestellt wird. Die Annäherung des gemäßigten Flügels der Deutschbürgerlichen, der Agrarier und Christlichsozialen, an die tschechische Regierungskoalition ist noch recht wenig aussichtsreich, und infolgedessen müssen auch die deutschen Sozialdemokraten noch spröde bleiben, die zwar schon recht regierungstreue Gewerkschaftspolitik machen und wacker mithelfen, der Regierung unangenehme Streiks abzuwürgen, aber infolge der Prügel, die sie bei den Gemeindewahlen von den deutschen Nationalsozialisten erhalten haben, auf diese nationale Konkurrenz viel Rücksicht nehmen müssen. Um so kritischer ist daher für die Regierungskoalition das selbstbewußte Auftreten der tschechischen Nationaldemokratie in der letzten Zeit. Der Fortschritt der Reaktion in den letzten Monaten im internationalen Maßstabe, die Schwäche Masaryks und Beneschs gegenüber Poincaré haben den rechten Flügel der tschechischen Bourgeoisie sehr ermuntert. Die Herren wollen ihre starke wirtschaftliche Position — steht doch das Finanzkapital hinter ihnen und beherrschen sie doch das Finanzministerium und das Bankamt — zu einem politischen Vorstoß ausnutzen, und sie sammeln zu diesem Zwecke alle Elemente der Rechten und des Nationalismus um sich. Das sowie die steigende Teuerung und die Vereitelung der Erledigung des Sozialversicherungsgesetzes, mit dem man im Gemeindewahlkampfe als Haupterrungenschaft paradierte, hat die tschechischen Sozialisten und Sozialdemokraten stark beunruhigt. So brodelt und gärt es in der Koalition.

Noch wichtiger als dies alles ist die Bewegung in den Massen der Arbeiterschaft. Von außen wirken die Kämpfe in Deutschland, innen der verlorene Kampf der Bergarbeiter und das Steigen der Preise nach allen Lohnreduzierungen. Die im Zusammenhang mit den Kämpfen in Deutschland eingeleitete Aktion der Kommunistischen Partei findet Anklang bei den Massen, die Sammlungen für die Internationale Arbeiterhilfe als Hilfsaktion für das deutsche Proletariat zeigen jetzt schon günstige Ergebnisse, die Aktion für die Hilfe selbst begegnet der Sympathie auch anderer Kreise. Aus den Betrieben und Gewerkschaften mehren sich die Stimmen für die Einberufung eines Betriebsrätekongresses. Der Revierrat des Kladnoer Steinkohlenreviers hat bereits einstimmig und mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder, die Einberufung eines **Reichskongresses der Betriebs- und Revierräte des Bergbaues** zum 25. November beschlossen. Dazu kommt, daß die Gemeindewahlen in der Form der Kandidatenlisten der Arbeiter und Kleinbauern in vielen Gemeinden bereits die ersten Erfolge des Vorstoßes der Kommunistischen Partei auf dem Lande gebracht haben.

So können wir berichten, daß sich im Gefolge der deutschen Krise und des Vormarsches des Proletariats auch ein neuer revolutionärer Vormarsch des tschechoslowakischen Proletariats ankündigt.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 16. November 1923.

**Seit der Verkündung des Belagerungszustandes am 26. September ist bis zum 9. November fast kein Tag vergangen, an dem sich nicht neue tiefeinschneidende Ereignisse abspielten. In der letzten Woche jedoch zeigte die Entwicklung nach außen hin ein etwas weniger stürmisches Gesicht. In Bayern ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die Demonstrationen der geschlagenen Hitlerleute haben nach und nach aufgehört; zwischen den Kahr- und Hitlerleuten findet gegenwärtig fast nur noch ein Kampf mit Plakaten und Zeitungsartikeln statt. Wenn man diese Polemik liest, weiß man wirklich nicht, welche von den beiden Parteien sich dabei am jämmerlichsten benimmt. Es fällt einem unwillkürlich der Heinesche Vers ein: „Und es will uns schier bedünken . . ."

Die kläglichste Rolle spielt dabei jedoch unzweifelhaft Herr General Ludendorff. Als der französische Schriftsteller Flaubert wegen eines Werks, das mit den bestehenden Strafgesetzen in Widerspruch stand, vor die Schranken des Gerichts zitiert wurde, da sagte der Dichter Lamartine: „Ich habe Ihr Werk gelesen, und ich kann Sie versichern, es wird sich kein Richter in Frankreich finden, der es wagen wird, Sie zu verurteilen". Flaubert wurde in der Tat freigesprochen. Würde sich ebenso ein Ludendorff vor einen wilhelminischen Richter stellen, und mit erhobenem Haupte sich zu seinen monarchistischen Restaurationsplänen bekennen und dabei ausrufen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!" So würde ihn dieser Richter höchst wahrscheinlich zu verurteilen wagen. Statt dessen benimmt er sich wie ein ertappter jüdischer Wucherer, der mit tausend faulen Ausreden seinem Ankläger einzureden sucht, daß er auf gewisse Milderungsumstände Anspruch erheben kann. Ludendorff hat ja schon beim Kapp-Putsch eine ähnliche Rolle gespielt, aber so tief wie heute war er damals doch noch nicht gesunken.

Die innerpolitische Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß Herr Stresemann nunmehr uneingeschränkt in das Geheul der

Wölfe gegen den „Marxismus“ mit einstimmt. Im Gegensatz zu der bekannten Bibelstelle: „Am Anfang war das Wort“, hatte Herr Stresemann bisher in dem Vernichtungskrieg gegen das Proletariat dem Grundsatz gehuldigt: „Am Anfang war die Tat“. Denn seine Maßnahmen stellen eine ununterbrochene Kette von Angriffen auf die in langen Kämpfen erworbenen Positionen und Lebensrechte der Arbeiterschaft dar. Aber jetzt will er auch öffentlich dokumentieren, daß er ganz auf die Seite der offenen Bekämpfer des „Marxismus“ übergetreten ist. Nach einer scharfen antimarxistischen Rede in Halle ging er sofort dazu über, seinem Rumpfkabinett eine nach außen hin weit sichtbare schwärzere Farbentönung zu geben. Er betraute jetzt den bekannten reaktionären Oberbürgermeister von Duisburg, Herrn **Jarres**, mit dem wichtigsten Posten im Reichskabinett, mit dem Innenministerium.

Aber trotz alledem bleibt es mehr als fraglich, ob Herr Stresemann sich als Sachwalter der faschistischen Reaktion wird länger halten können. Die Deutschnationalen lehnen ihn nach wie vor entschieden ab. Sie brauchen und wollen einen Mann, der in den Augen der offenen Gegenrevolution weniger kompromittiert dasteht, und entschlossen ist, ohne langes Federlesen mit den letzten Resten der Rechte der Arbeiter aufzuräumen.

Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen. Die Sozialdemokraten sind gewillt, Herrn Stresemann ein Beinchen zu stellen, aber den entscheidenden Stoß, um darüber zu stolpern, dürfte ihm die Reaktion versetzen. Auf alle Fälle wird die Reaktion die alleinige Nutznießerin dieses Wechsels im Kanzleramte sein. Es kann schon heute gesagt werden, daß nichts Besseres nachkommen wird.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage weiter äußerst verschärft. Die Arbeitslosigkeit wächst unheimlich. In der vorigen Woche, also in einer Zeit, wo die Regierung den Dollarkurs unverändert ließ, stiegen die Goldpreise auf dem Inlandsmarkt auf das Dreifache. Daraufhin hat die Regierung in vier Tagen den Börsenkurs der Papiermark um nicht weniger als 400 Prozent verschlechtert.

Die Folge davon ist, daß die Preise jetzt in eben diesem Maße, wenn nicht noch darüber hinaus, in die Höhe springen. Die Löhne und Gehälter hinken natürlich sehr langsam nach. Damit steht der Streik der Berliner Buchdrucker und Mühlenarbeiter in unmittelbarem Zusammenhang. Diese Streiks haben das bisherige Bild der Arbeiterkämpfe um mehrere ganz neue Züge bereichert. Der „Vorwärts“ gibt zum Mühlenarbeiterstreik folgendes interessante Stimmungsbild:

„Mittwoch nacht um 10 Uhr setzte der Streik ein, Donnerstag früh sollte bereits vor dem Demobilmachungskommissar verhandelt werden, um den Streik zu beenden.... Die Verbandsvertreter fanden sich denn auch gestern morgen beim Demobilmachungskommissar ein. Als sie ankamen, war bereits ein **Offizier** des Wehrkreiskommandos anwesend, der die Arbeitnehmervertreter fragte, ob sie den Streik gutheißen und ob sie die Streikleitung bilden. Weiter aber, ob sie gewillt seien, dahin zu wirken, daß die Arbeit sofort aufgenommen und ein diesbezügliches Plakat herausgegeben wird. Wenn nicht, werde er sie **verhaften**. Die Arbeitervertreter, an solche „Verhandlungen“ bisher nicht gewöhnt, lehnten die Zumutung ab und wurden verhaftet. Unter Ueberwachung der verhafteten Lohnkommission durch Kriminalbeamte begann die Verhandlung, während deren Dauer das Auto auf der Straße wartete, um bei ihrem Scheitern die Verhafteten abzutransportieren.“

Dazu muß noch bemerkt werden, daß dennoch eine Einigung zustande kam, die nach dem „Vorwärts“ eine wesentliche Besserung der Sätze des Schiedsspruches bedeutet. Es erhalten nämlich die gelernten Arbeiter für die Woche vom 11. 11. bis 17. 11. 10,2 Billionen Mark, d. h. 17 deutsche Goldmark, deren Innen-Wert jedoch weit weniger als die Hälfte betragen dürfte.

Die Spannung in der auswärtigen Lage hat nicht nur nicht nachgelassen, sondern abermals durch die neue Rede des englischen Premier Baldwin eine Verschärfung erfahren. Auch in den Fragen der militärischen Kontrolle und der Rückkehr des Kronprinzen Wilhelm beharren die Ententemächte auf ihrem gegenteiligen Standpunkt. Der führende Kopf der Kleinen Entente, Herr **Benesch**, hat eine Erklärung abgegeben, wonach ein Hitlerputsch zwar eine innere deutsche Angelegenheit sei, aber die Rückkehr eines Hohenzollern eine internationale Angelegenheit darstelle, die die Interessen aller Signaturmächte des Versailler Vertrages auf das engste berühre. Die Erklärung Baldwins, die sich scheinbar gegen Frankreich richtet, enthält aber zugleich eine Kampfansage gegen die Stresemannsche Politik, die „die Rheinlande ihrem Schicksal überlassen“, d. h. sie Poincaré in die Hände spielen will, um einen Ausdruck des „Vorwärts“ zu gebrauchen.

Alles in allem kann gesagt werden, daß, wenn die Ereignisse nach außen hin augenblicklich nicht mehr so stürmisch erscheinen wie in den ersten Wochen des Belagerungszustandes, es dennoch nicht an neuen Vorgängen fehlt, die die Lage immer aufs neue verwickeln. Was in den ersten Tagen des Belagerungszustandes geschah, trat deshalb so kraß in Erscheinung, weil es sich vom bisherigen politischen Hintergrunde scharf abhob. Es waren die Ereignisse, die der politischen Entwicklung in Deutschland eine ganz andere Richtung aufdrücken. Was die Reaktion wollte, ist inzwischen in großen Zügen bereits verwirklicht. Vom November-Deutschland ist fast nichts mehr übriggeblieben. Was jetzt geschieht, bedeutet nur eine schärfere Unterstreichung des bereits erreichten Zustandes.

Politik

Die britische Reichskonferenz und die Arbeiterschaft.

Von J. T. Murphy (London).

** Die britische Reichskonferenz, die soeben stattgefunden hat, hat die kommunistische Diagnose, wonach das britische Weltreich rettungslos mit in den Zusammenbruch der kapitalistischen Zivilisation einbezogen ist, vollauf bestätigt.

Alle auf der Konferenz gehaltenen Referate zeigten dasselbe Bild politischer Hoffnungslosigkeit. Herrn Baldwins Rede zeigte die Unterwerfung Englands unter Amerikas finanzieller und maritimer Herrschaft.

Die natürliche Folge dieser Unterwerfung war, daß England von den anderen Ländern seinerseits ebenfalls die Bezahlung ihrer Schulden fordern müßte, um dadurch die wachsende Opposition im Lande zum Schweigen zu bringen. Das erklärt den Ruf nach dem Völkerbund und das ängstliche Bestreben, das Weltreich um jeden Preis zusammenzuhalten. Den Kolonien wurde ein Zugeständnis nach dem andern gemacht, aber merkwürdigerweise keines an Indien. Eine Verschärfung des Zollkrieges zwischen den größten Rivalen auf dem Weltmarkte kann natürlich nur ein neues Wettrüsten zur Folge haben. Sie ist der Ausdruck der politischen Verzweiflung der herrschenden Klasse in England.

Bei einer Gegenüberstellung von England und Amerika fällt der Vergleich sowohl geographisch wie finanziell zu ungunsten Englands aus. Der Dollar herrscht in der Finanzwelt und verdrängt das englische Kapital aus seinen ureigensten Domänen, so z. B. auch aus Kanada, wo das amerikanische Kapital heute schon beinahe viermal so stark ist als das englische. Auch wirtschaftlich ist Amerika England weit voraus. Es hat den Vorteil, im Zentrum einer geographischen und wirtschaftlichen Einheit zu liegen, die es ihm gestattet, ein großes Stück des britischen Weltreiches allmählich zu absorbieren. Andererseits wird das britische Weltreich zurzeit durch die wirtschaftliche Entwicklung zersetzt. Seine einzelnen Teile zeigen starke wirtschaftliche Gegensätze, die unüberbrückbar erscheinen.

Ueber Arbeitsprobleme wurde auf der Konferenz nur im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Arbeitslosenfrage gesprochen. Es ist aber zugleich wichtig und interessant, die Stellung der britischen Arbeiterbewegung zu den Problemen des Reiches zu untersuchen.

Der Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft, die Verschärfung der Konkurrenz unter den Nachkriegsrivalen und die bestehende goße Arbeitslosigkeit in England, müssen zwangsläufig neue Zollabkommen, neue Streitereien um billige Arbeitskräfte und neue Arbeitslosenansiedlungspläne zur Folge haben, während gleichzeitig die Bildung eines britischen Staatenbundes die imperialistischen Gegensätze verschärfen wird. Es ist interessant, die Politik zu beobachten, die die britische Regierung verfolgt, um dieses Ziel zu erreichen. Den Kolonien Kanada, Australien, Neu-Seeland und Südafrika gewährt sie Zollbegünstigungen, während sie gleichzeitig in Irland, Aegypten, Mesopotamien und Indien die reaktionärsten Regierungen im Namen der Selbstverwaltung einsetzt und mit militärischer Macht aufrechterhält.

Was haben die Herren Webb, Thomas, Snowden, Clynes, Macdonald u. Co. in dieser Situation zu sagen? Erstens, das Weltreich ist eine Tatsache. Zweitens, diese Tatsache legt der Arbeiterbewegung Verantwortungen auf. Aber was für

eine Verantwortung und gegen wen? Sollen wir das britische Imperium verewigen oder es zerstören? Sollen wir die Arbeiter aus der imperialistischen Unterdrückung befreien oder sollen wir mit den Imperialisten gemeinsam die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter in den Kolonien fortsetzen?

Die gegenwärtige Politik der Führer der Labour Party und der ILP. läuft auf die Unterstützung der letzteren These hinaus. Eine Befreiung der Länder, aus denen sich das Reich zusammensetzt, von der Kontrolle Englands würde nach der Auffassung Snowdens diese nur anderen Imperialisten ausliefern. Herr Webb dagegen sagt folgendes:

„Geschichtlich ist die Idee des „nationalen Minimums" vielleicht die wichtigste politische Erfindung des sozialistischen Gedankens. . . . Einen Minimalstandard des zivilisierten Lebens vorschreiben, unter den kein Individuum fallen darf, und dafür sorgen, daß jede Person tatsächlich das Minimum erhält, das ist nach Ansicht der Volkswirtschaftler geradezu die Grundlage jeder sozialen Ordnung... Sogar das dornenreiche Problem der „farbigen Rassen" kann wahrscheinlich auf dieser Grundlage gelöst werden. Das nationale Minimum muß ausschließlich aus Gründen der Sozialhygiene vorgeschrieben werden, ohne jede Rücksicht auf Rasse und Farbe; desgleichen jede Einwanderung und Beschäftigung ausschließlich unter Bedingungen, die die Erreichung des Minimums garantieren. Dadurch werden dann nicht die „Farbigen" ausgeschlossen, wohl aber jede Art von Ausbeutung."

Das sind wichtige Feststellungen, die man nicht mit der allgemeinen Frage beantworten kann, daß „für die Organisation der Wirtschaft die Internationale der Sowjetrepubliken das Gegenstück zu dem britischen Weltreich darstellt". Es nützt nichts, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß von der ersten Sowjetrepublik noch ein weiterer Weg bis zu dem Weltbund der Sowjetrepubliken zurückzulegen ist.

Wie aber stellen sich die Kommunisten zu den Fragen, die sich aus dem Bestehen des britischen Reiches ergeben? Was müssen die britischen Arbeiter tun, wenn sie zur Macht kommen? Unsere Antwort ist klar und unzweideutig: Die Arbeiter müssen die Fesseln des Reiches abstreifen, die unterdrückten Massen befreien, ihre Feinde vernichten und in den befreiten Ländern Arbeiter- und Bauernregierungen zur Macht verhelfen. Wenn sie von den Imperialisten angegriffen werden, müssen sie sich verteidigen und die Gelegenheit benutzen, um die Revolution in das Lager des Gegners zu tragen. Nicht unter der Devise des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" vom Klassenkampf fernhalten, mag guter Pazifismus sein. Nach unserer Ansicht ist das pure Feigheit und sicher nicht der Weg zum Sieg für die Arbeiter.

Man mag einwenden, daß diese Befreiung der Dominions und Kolonien vom Reich nicht unbedingt zur Einsetzung von Arbeiter- und Bauernregierungen führen muß. In diesem Falle hätte dann die Arbeiterregierung Englands ihre ganze wirtschaftliche, politische und agitatorische Macht einzusetzen, um die Vorbedingungen für Arbeiter- und Bauernregierungen in diesen Ländern zu schaffen und diese gleichzeitig vor den Angriffen äußerer Feinde zu schützen.

Unsere Politik bedingt, daß wir den Arbeitern der Kolonien helfen, ihre Forderungen gegen unsere Klassenfeinde unterstützen und für einen gleichen Standard für Schwarze und Weiße kämpfen. Ist das auch Herrn Webbs Ziel, wenn er von einem „nationalen Minimum" ohne Rücksicht auf Farbe und Rasse spricht? Will er dafür kämpfen, daß die eingeborenen Arbeiter dasselbe Lebensniveau erreichen wie die englischen? Wie will er diesen Kampf führen? Will er etwa warten, bis die Eingeborenen in ferner Zukunft vielleicht einmal das Wahlrecht erhalten? Oder will er es durch Streiks erzwingen? Das würde die Arbeiter mit dem Staat in Konflikt bringen. Und kann sich der eingeborene Arbeiter darauf verlassen, daß sich Webb und andere für ihn in der Stunde der Not einsetzen werden? Eine bejahende Antwort darauf ist unwahrscheinlich. Und eine verneinende Antwort würde bedeuten, daß er sich mit den imperialistischen Ausbeutern in eine Linie stellt, die die britsche Industrie ruinieren.

Der Ausweg, den die Kommunisten im Gegensatz zu der Reichskonferenz und ihrer Statisten, der Labour Party und der ILP. zeigen, ist folgender:

1. Alle Maßnahmen zur Organisierung des Kampfes der Arbeiter in allen Ländern des britischen Reiches sind zu unterstützen.
2. Eine rege Propaganda zur Unterstützung der kolonialen Arbeiter und Bauern muß geführt werden, um die Verzweigungen des englischen Imperialismus aufzudecken und die englischen Arbeiter mit den ausgebeuteten Arbeitern im ganzen Reich solidarisch zu vereinigen.
3. Die Befreiung der Kolonien von der Reichskontrolle ist mit allen Mitteln zu fördern. Ebenso ist ihnen im Kampfe gegen alle Imperialisten Beistand zu leisten.

Das ist die Antwort der britischen Arbeiter an die Reichskonferenz. Sie umschreibt die besonderen Verpflichtungen, die die Geschichte der Arbeiterklasse Groß-Britanniens in dem revolutionären Kampfe gegen den internationalen Imperialismus auferlegt.

Wirtschaft

Die Deutsche Rentenmark.

Von Eduard Praski.

** Mit dem 15. November wurde — nach den amtlichen Mitteilungen — die Rentenmark als Zahlungsmittel in den Verkehr gegeben. Das langersehnte wertbeständige Geld, der Traum von Millionen Menschen, die durch die Markentwertung in maßloses Elend gestürzt wurden, soll zur Wirklichkeit werden. Die deutschen Kapitalisten beglücken die Arbeitermassen mit einem neuen wertbeständigen Geld.

Ein **Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank, Urbig,** erklärte in einer Ausschußsitzung des Zentralvorstandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, daß die Rentenmark eine „Umetikettierung des Inflationsgiftes bedeutet" und „wenn wir zur Schließung dieses Loches (die Markentwertung) imstande wären, so würden wir aber wiederum eine Rentenmark nicht brauchen. Leider fehlen uns die erforderlichen Devisen dazu, denn diese können durch keines der vorliegenden Währungsprojekte geschaffen werden. Welchen Weg die Rentenmark nehmen wird, kann niemand sagen. Wir wollen ihr Glück auf ihren Weg wünschen..." So beurteilt eine kapitalistische Finanzautorität die mit großer Aufmachung angekündigte Wertbeständigkeit der Rentenmark.

Und wie sieht in der Tat die finanzielle Seite dieses neuen Geldes aus? Bekanntlich kommt es auf die vielgenannte „Deckung" eines Papiergeldes nicht in erster Linie an. Wichtig ist das **Moment des Umtausches.** Nun soll die Rentenmark auf Wunsch in 5%ige Rentenbriefe eingetauscht werden. Aber eine Obligation ist noch **nichts Reales;** sie stellt ein Anrecht auf Zinsen und Rückzahlung dar, aber nicht mehr. Das Kapital soll etwa in 5 Jahren zurückgezahlt werden, und zwar ist es ganz unbestimmt, in welcher Form und in welchem Gelde das geschehen soll. Die Zinsen wieder sollen zwar nach dem Goldmarkkurse, aber doch **in Rentenmark,** ausgezahlt werden. Eine 500-Rentenmark-Note, zu der man vielleicht das Vertrauen verloren hat, kann man deshalb in einen Rentenbrief umtauschen. Man wird aber die Zinsen auf diesen Rentenbrief nicht anders als wiederum in Rentenmark ausgezahlt bekommen können.

Abgesehen von dieser vollständig ungenügenden Umtauschbarkeit könnte die Rentenmark evtl. unter der Bedingung wertbeständig bleiben, daß die Zahl der Rentenmarknoten nicht das Minimum der für den Güterumlauf notwendigen Geldquantität übersteigen würde. Aber dieses Quantitätsprinzip wird in der harten Wirklichkeit der Finanzwirtschaft der deutschen kapitalistischen Regierungen auch nur zur grauen Theorie. Die halboffiziöse „Zeit" schätzte neulich die Monatsausgaben des Reiches — bei den sehr geringen Reparationszahlungen — auf 1,5 Milliarden Goldmark. Wir schätzen diese Summe viel niedriger ein: auf etwa 500—600 Millionen Goldmark. Dagegen betragen die Steuereinnahmen schon seit langem nicht mehr als einen Bruchteil eines Prozentes der Ausgaben. Zwar soll die Regierung zur Deckung ihres Defizits einen Kredit von 1,2 Milliarden Rentenmark erhalten. Angenommen 1 Rentenmark gilt gleich 1 Goldmark — wie lange wird dieser Kredit ausreichen können? Und nachher? Entweder Staatsbankrott oder weiter drucken...

Und weiter. Die deutsche kapitalistische Wirtschaft der Nachkriegszeit ist **inflationistisch eingestellt.** Sie konnte nur in der Atmosphäre der ständigen Markentwertung gedeihen. Jetzt, wo die Methode der Inflation versagt, kracht die Wirtschaft in allen ihren Fugen. Und deshalb, wie es Urbig betonte, wird „ein Objekt der Inflation beseitigt und ein neues Objekt der Inflation geschaffen... Der Zeitpunkt für eine neue Goldwährung ist noch nicht gekommen." Für den deutschen Kapitalismus ist die Inflation — ob in der Form der Papiermark, der Rentenmark, oder der Goldanleihe usw. — eine ökonomische Notwendigkeit. **Das Schicksal der Rentenmark wird dasselbe sein wie das der Papiermark.**

Politisch betrachtet, bedeutet die Rentenmark die Aufgabe einer wichtigen Machtposition des Staates zugunsten des

Großkapitals. Die Rentenmark bedeutet die Aufgabe der Finanzhoheit und vollständige finanzielle Abhängigkeit des Reiches von der Rentenbank. Die Rentenmark stellt ein Kompromiß zwischen dem Entwurf des „Reichsverbandes der deutschen Industrie", beherrscht durch die Schwerindustrie, und demjenigen der Großagrarier (Helfferich) dar, und zwar ein Kompromiß zugunsten der letzteren. Das kapitalistische Deutschland ist durch die Ruhrokkupation und durch das vollständige Versagen der Markinflation in eine schwere Krise geraten. Die Schwerindustrie wälzt die Lasten dieser Krise nicht nur auf die Arbeiterklasse ab, sondern auch auf die anderen weniger organisierten, noch einigermaßen selbständigen Industriegruppen. Das ist der ökonomische Sinn des Dranges zur Diktatur. Die Bundesgenossen in der Diktatur sollen die Großagrarier sein. Die Rentenmark ist auch eine bedeutende Konzession an diesen neuen Bundesgenossen.

In der ersten Zeit, solange die Rentenmark noch einigermaßen wertbeständig sein wird; sollen die Löhne und Gehälter in Papiermark ausgezahlt werden, in einem Gelde, das zur weiteren Entwertung verurteilt ist. Trotz der Stillegung der Notenpresse wird durch die Einführung eines neuen, wertbeständig geltenden Zahlungsmittels die Abneigung gegen die Papiermark so groß werden, daß diese Abneigung auch dann entwertend weiterwirken wird, wenn die Vermehrung des Papiermarkgeldes aufgehört hat. Die Arbeiter werden erst dann in Rentenmark entlohnt werden, wenn diese den Weg der Papiermark eingeschlagen hat. Ein wertbeständiges Geld ist — im kapitalistischen Deutschland der Nachkriegszeit unter dem Fortbestande des Versailler Vertrages — eine ökonomische und finanzielle Unmöglichkeit.

Arbeiterbewegung

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Von G.

** Die graphischen Arbeiter in Berlin haben als erste den Kampf um den Goldlohn aufgenommen. Nachdem man die Buchdrucker in den zentralen Lohnverhandlungen der Tarifkörperschaften mit der Schaffung eines wertbeständigen Goldlohnes wochenlang am Narrenseil hielt, gestand ihnen ein Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums 25 Goldmark Lohn für die Woche vom 10. bis 16. November zu. Bei dem tatsächlichen Wert der deutschen Goldmark, wie er sich in der Berechnung der Goldanleihe im freien Verkehr und in dem Warenpreis auswirkt, ist dies ein Lohn von etwa 8 Vorkriegsmark, also weniger als ein Viertel des Friedensreallohnes. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien, Unternehmern und Arbeitern, abgelehnt.

Inzwischen hatten die Vertreter der Berliner Großindustrie schon in der Woche vorher, und dann die Vertrauensmännerversammlung der gesamten Buchdrucker und Hilfsarbeiter Berlins zu der Frage Stellung genommen. Die Großbetriebe hatten 45 Goldmark pro Woche gefordert. Diese Forderung wurde später auf 35 Goldmark reduziert.

Nach Bekanntwerden des Schiedsspruches, den das Arbeitsministerium dann noch für verbindlich erklärte, traten die Buchdrucker am 10. November morgens in den Streik. Der Streik war bald vollständig, obgleich die Informationsnotiz der Organisationen im „Vorwärts" vom gleichen Tage reichlich unklar war und nicht offen zur Arbeitseinstellung aufforderte.

Der Streik rief den General von Seeckt auf den Plan. Herr von Seeckt erließ auf Grund der Verordnung vom 26. September unter Androhung von hohen Gefängnisstrafen für die Notendruckereien ein Streikverbot. Die Drucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter wurden aufgefordert, am Montag, den 12. November, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeiter fügten sich diesen Anordnungen nicht. Sie traten damit in einen offenen Kampf gegen den Ausnahmezustand. Erst die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung veranlaßte eine Anzahl Arbeitsloser, hauptsächlich aber nur ungelernte Arbeiter, zum Streikbruch.

Die Versammlungen der Funktionäre der Streikenden wurden mehrmals durch Schupo auseinandergetrieben. Eine ganze Anzahl von Funktionären wurde verhaftet, andere wurden durch Haftbefehl verfolgt — alles Vorgänge, die bei Lohnkämpfen bisher unbekannt waren. Trotzdem oder gerade infolgedessen beschlossen die graphischen Arbeiter nach Auflösung ihrer Streikversammlung am 15. November in einer neuen Versammlung, den Streik weiterzuführen. Die sozialdemokratischen Parteiinstanzen und die Zentralinstanzen der Gewerkschaften traten von Anfang an gegen den Streik auf. Der „Vorwärts" brachte am Abend des ersten Streiktages eine Notiz, die die Buchdrucker für den eventuellen Mangel an „wertbeständigen" Zahlungsmitteln verantwortlich macht. Der ADGB. ließ halbanonym (als Zuschrift von einer „zuständigen Stelle") im „Vorwärts" erklären, daß der Streik in den lebenswichtigen Noten-Betrieben, gegen seine Streikregeln, ohne seine vorherige Vermittlung eingeleitet worden sei.

Der Zentralvorstand des Buchdruckerverbandes lehnte es ab, den Streik auf das übrige Reich auszudehnen. Dadurch war es möglich, den Banknotendruck ins Reich abzuleiten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission mußte sich am 15. November mit der Frage der Verbreiterung des Streiks befassen. Sie lehnte es mit 90 gegen 70 Stimmen ab, zur Unterstützung der Buchdrucker in Berlin zum Generalstreik aufzurufen. Dies geschah, obwohl der Streik der Mühlenarbeiter in demselben Augenblick und mit den gleichen Methoden niedergeschlagen wurde. Damit sind die Berliner Gewerkschaften vor dem Ausnahmezustand zu Kreuze gekrochen. Immerhin hat der bisherige Verlauf des Streiks gezeigt, daß die graphischen Arbeiter sich gegen den Ausnahmezustand erfolgreich durchsetzen. Wenn sie den Kampf endgültig verlieren sollten, so würde das nur auf die Instanzen zurückzuführen sein, die alles darauf anlegten, seine Verbreiterung zu verhindern. Die Folge der Niederlage wird sein, daß in Zukunft jeder Streik mit militärischen Mitteln niedergeschlagen wird.

Weisser Schrecken

Die Anklage des Genossen Welti im Worowski-Prozeß.

Der Vertreter der Witwe Worowski an die Geschworenen des Mordprozesses.

II.

(Schluß.)

** In seinem Brief vom 9. Mai schreibt Worowski an seinen Kollegen Brodowski u. a.: „Sonntag erschienen im Hotel einige junge Leute mit irgendeinem Apotheker an der Spitze und, indem sie sich als Delegation der „Nationalen Liga" ausgaben, begannen sie über meine Position in bezug auf die schweizerische Regierung zu sprechen. Ich habe sie nicht empfangen, und Genosse Arens, der zu uns hereinkam, um zu erfahren, worum es sich handle, wies sie zurück, indem er erklärte, daß sie sich mit solchen Anliegen an ihre eigene Regierung wenden sollten. Jetzt laufen sie in der Stadt herum, schreien überall, daß sie uns mit Gewalt zwingen werden, die Schweiz zu verlassen usw. Ob die Polizei irgendwelche Maßnahmen zu unserem Schutze unternimmt, ist uns unbekannt. Aeußerlich ist nichts zu bemerken. Hinter diesen jungen Ehuligans fühlt man sehr deutlich **eine fremde, bewußte Hand,** vielleicht auch eine ausländische. Die schweizerische Regierung, die über alles so gut informiert ist, weil die Zeitungen voll davon sind, muß die Verantwortung für unsere Unverletzbarkeit tragen."

Das bestätigt, daß Worowski die Gefahr nicht unbekannt war und daß er den Ernst der Situation nicht verkannte.

Nun wollen wir noch kurz die Typen Conradi und Polounine ins Auge fassen.

Moritz **Conradi,** einer reichen Schweizer Familie in Petersburg entstammend, fühlt in sich die Pflicht, seine kaum begonnenen Studien zu unterbrechen, um am Weltkrieg als Freiwilliger teilzunehmen. In seinem Aveu sagt er: „Der Wunsch war um so verständlicher, als ich Freunde, ja sogar Verwandte in der Armee hatte. Mein Entschluß, aus idealen Motiven zu allem was ritterlich erschien, führte mich zu der weiteren Ueberzeugung, daß, geboren und erzogen in Rußland, ich kein Recht hatte, meine angefangenen Studien in Ruhe fortzusetzen, während meine besten Freunde Soldatenkleider trugen.

Ich machte so den Krieg mit bis zum Verfall der Armee im Dezember 1917. Von der Front ergoß sich alles ins Innere des Landes, jede Fassung vergessend. Ungefähr 500 Offiziere, Freunde der Franzosen und Engländer, organisierten sich dann in Jassy, der damaligen Hauptstadt Rumäniens, und faßten den Entschluß, sich durch den Süden Rußlands einen Weg zu bahnen gegen den Kaukasus hin (1400 Kilometer), wo sich die antibolschewistische Armee befand, etwa 1000 Mann stark, unter dem Befehl des großen russischen Patrioten, General **Kornilow.**

Ich schloß mich dieser Gruppe an, fest entschlossen, eher

zu sterben als in der Schande zu leben und zu den Bolschewisten überzutreten. Es war kein leichtes, durch die wilden Verbrecherhorden zu marschieren, aber Gott stand uns bei und es gelang uns, die besagte Armee zu erreichen.

Nach drei verwegenen und kühnen Feldzügen, und nach harten Kämpfen, stets in beklommener Erwartung der Hilfe seitens der Alliierten ..., waren wir endlich genötigt, den Kampf abzubrechen und uns nach der Türkei zu flüchten, von wo auch ich mit meiner Frau nach der Schweiz kam. Ich verließ, viermal verwundet, mit dem Grade eines Hauptmanns meine Freunde, mit denen ich während sieben Jahren all dieses Ungemach geteilt hatte".

Als er im Dezember 1917 vom Sowjet seiner Division zum Kommandanten ernannt worden war, während sein Oberst sein Adjutant werden sollte, ergriff Conradi in derselben Nacht mit seinem Obersten die Flucht und begab sich nach Rumänien. Er verbindet sich also mit der Gruppe des Generals Kornilow. Er kämpft gegen die Millionen Bauern seines „zweiten Vaterlandes", für das er aus „Liebe" in den Weltkrieg gezogen ist, wie er sich in seinem Aveu selbst ausdrückt. Er kämpft gegen das Volk, für das er die größte Sympathie empfindet! So sehen die Beweggründe aus, die ihn zur Weißen Armee führten und dort kämpfen ließen.

Erst nach dem Zusammenbruch der Weißen Armee erfährt er im April 1921 die Schicksale seiner Familie. Erst im April 1921. Im Sommer desselben Jahres kommt er in die Schweiz. Die Beziehungen mit seiner Mutter bricht er ab. Warum? Wir wissen es nicht.

Er beschließt nun, den Kampf gegen die Bolschewisten fortzusetzen, um die „Menschheit zu befreien". Alles mit Gottes Hilfe", und so hat er auch Worowski gemordet.

Das Gesicht, das uns der Angeklagte **Polounine** zeigt, ist die Type: Russischer Monarchist. Damit ist alles gesagt. Aus seiner Erzählung ist besonders interessant, was er sagt über seine in Rußland verlorene Position:

„Ich muß noch bemerken, daß meine Position in Rußland verloren ist, weil ich mich dem bolschewistischen Regime nicht angeschlossen habe. Keine der sogenannten bolschewistischen Amnestien betrifft meinen persönlichen Fall.

In meiner Eigenschaft als Offizier der Kavallerie des Generals Barbowitsch werden mir die Bolschewisten niemals verzeihen, ebensowenig wie dem Conradi in seiner Eigenschaft als Offizier des Regiments Drostowsky. Diese beiden Korps waren den Bolschewisten speziell verhaßt, weil sie nicht geschlagen wurden.

Auf den General Barbowitsch hatten es die Bolschewisten besonders abgesehen und er ist zum Tode verurteilt. Die Offiziere, die unter ihm dienten, können kein besseres Los erwarten als der General selber!"

Wir müssen uns fragen, ist das der wirkliche Grund? Wir müssen antworten, daß wir es nie und nimmer glauben können. Sind es nicht vielmehr **die Verbrechen, die Scheußlichkeiten und Unmenschlichkeiten,** die von den Angehörigen des Korps Barbowitsch und des Korps Drostowsky verübt worden sind, die dem Angeklagten jede Hoffnung geraubt haben, je nach Sowjetrußland zurückkehren zu können? Denn die bolschewistische Regierung hat wohl die aktivsten und ausgesprochensten Feinde des Landes einsperren und vielleicht auch die gefährlichsten füsilieren lassen. Aber nie und nimmer hat die Sowjetregierung die Ausübung von Unmenschlichkeiten geduldet und unbestraft gelassen und deshalb hat der Angeklagte Polounine wohl mit Recht seine Schlußfolgerungen gezogen, daß seine Position in Rußland verloren sei. Er mag sich mit dem Gedanken abfinden, daß auch andere weißgardistische Regimenter sich durch Scheußlichkeiten hervorgetan haben. Aus seiner eigenen Beurteilung der Situation erklärt sich so Polounines Einstellung zu Sowjetrußland, die ihren deutlichsten Ausdruck findet in seinen Aussagen vom 18. Mai:

„Seit dem eigentlichen Ende des Bürgerkrieges, d. h. seit Ende 1920 und bis jetzt hatte sich jedermann und die übergroße Zahl der russischen Emigranten selbst gewöhnt, das bolschewistische Element als eine Macht zu betrachten, bei der es schwierig sei, die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu wählen. Ich habe persönlich von Anfang am Krieg gegen die Bolschewisten teilgenommen. Ich kenne die starken und die schwachen Seiten der Weißen Armeen.

Von meiner Teilnahme am Krieg habe ich eine Idee mitgebracht, von der ich ganz durchdrungen bin. Die Bolschewisten sind eine antinationale Macht, die einzig durch die Gewalt beseitigt werden kann.

Nach und nach bin ich, beim Fehlen jeglicher bewaffneten antibolschewistischen Macht, auf den Gedanken gekommen, man müsse zu dem Mittel greifen, dessen sich früher die **Revolutionäre gegen das zaristische Regiment bedienten, der Propaganda der Tat und des Wortes!"**

Dieses Geständnis ist außerordentlich wertvoll. Es beleuchtet blitzartig den wahren Charakter der Organisation, der Polounine angehörte. Zur Realisierung seiner Pläne gegen die Bolschewisten, d. h. zur Propaganda der Tat, ist also Polounine nach Genf gekommen. Unter dem Deckmantel eines Sekretärs der sogenannten Rotkreuz-Organisation konspiriert er, unbehelligt durch die Behörden unseres Landes, gegen das auch diesen so verhaßte Sowjetrußland und wird zum Mordgehilfen an Worowski.

Wer war **Worowski?** Was ist er gewesen? Was bedeutet sein Tod?

Es genügt, nur flüchtig zurückzublicken auf den unendlichen Leidensweg der Bolschewisten im zaristischen Rußland, um die ganze Größe der Persönlichkeit Worowskis klar zu erkennen. Hier ist zwar nicht der Ort, um besonders festzustellen, daß im Leben der menschlichen Gesellschaft keine Geistesrichtung, kein Staatsgedanke willkürlich entsteht, sondern in seiner Entstehung und Entwicklung bedingt ist von der jeweiligen Konstellation der gesamten gegebenen Verhältnisse. Wir wollen uns nur ganz flüchtig vergegenwärtigen, mit welcher beispiellosen Grausamkeit im zaristischen Rußland alle verfolgt wurden, die sozialistisch oder nur freiheitlich orientiert waren! Um so grausamer waren von jeher die Bolschewisten in Rußland verfolgt, die mit eiserner Konsequenz, mit allen Opfern, unter Hintansetzung aller persönlichen Interessen, mit Todesmut für die Befreiung des russischen Hundertmillionen-Volkes von allen Fesseln kämpften. Im Interesse dieses Zieles opferten sie jeder freudig ihr Gut. Sie schreckten nicht zurück vor Exil, vor Ketten, Kerker und Festung. Mit Todesverachtung standen sie, treu ihrer Ueberzeugung, unter dem Galgen. **Die Bolschewisten kannten und kennen Rücksichten nur für das allgemeine Wohl und keine persönlichen. Diese Feststellungen werden alle bestätigen müssen, die unvoreingenommen, objektiv, das ununterbrochene Martyrium dieser Revolutionäre bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution kennen lernten!**

Aus diesen Tatsachen heraus — denn das sind Tatsachen — ist die Persönlichkeit Worowskis zu beurteilen.

Er war, wie übrigens viele andere Bolschewisten, von adliger Herkunft und stammte aus einer Großgrundbesitzerfamilie. Und seine Ueberzeugung baute sich auf einer gründlichen Kenntnis der Verhältnisse jener Klasse auf, der er entstammte. Schon als Schüler der technischen Hochschule in Moskau hatte er sich sozialistisch orientiert und der revolutionären Bewegung angeschlossen, der er bis zur Stunde diente, da der Monarchist Conradi seinem Leben ein Ende machte!

Wir wollen die Persönlichkeit Worowskis, seinen vornehmen Geist, seine edle Seele durch einen ausgesprochenen Gegner charakterisieren lassen. In der Berliner weißgardistischen Russenzeitung „Rul" stand am 17. Mai dieses Jahres von Professor Ototzky unter anderem folgendes über Worowski zu lesen:

„Es war dies in Stockholm, im damaligen Zentrum der russischen Emigration, wo der Verblichene als halboffizieller Vertreter der Sowjetregierung fungierte. Nach Abbruch aller Privatbeziehungen mit Rußland — wer wandte sich da nicht alles an diese feindliche „Mission"? Der eine wollte Nachricht über das Schicksal seiner Angehörigen und Freunde; ein anderer von sich Nachricht geben; wieder ein anderer Auskunft in irgendeiner Angelegenheit — und — und da fand jeder die beste Teilnahme und Hilfe! Der Verblichene vermittelte Auskunft, expedierte Radiogramme, übersandte Briefe durch Kuriere! . . .

Ich selbst hatte zweimal Anlaß, mich an Worowski zu wenden. Einmal in Sachen eines Dritten und dann in eigener Angelegenheit. Und jedesmal vergaß ich, daß ich einen Bolschewiki, einen politischen Gegner, vor mir hatte, so viel Zartgefühl und Takt, weitgehende Duldsamkeit für Ueberzeugungen, so viel Güte hatte er!"

Diese Aussage des Professors Ototzkys paßt nicht nur auf Worowski. Wer die leitenden Persönlichkeiten Sowjetrußlands kennt, weiß auch, wie bei ihnen allen ungeheurer Mut, Todesverachtung und unerbittliche Konsequenz sich paart mit Edelsinn und menschlicher Güte.

Daraus erklärt sich auch gerade bei Worowski, warum er für sich selbst, trotz der zirkulierenden Gerüchte, trotz der ihn umgebenden Gefahr, einen besonderen Schutz nicht beanspruchte. **Die Bolschewisten kennen keine Gefahren.** Sie bleiben auf dem Posten. Sie weichen nicht! Das große Ideal der Volks- und Menschheitsbefreiung gibt ihnen stets den Mut, allen Gefahren zu trotzen. Der Weg zum Endziel, das sie an-

streben, führte von jeher über die größten Hindernisse, wo sie zwar viele Kämpfer verloren, wo ihnen aber stets neue in größerer Zahl entstanden. Die Bolschewisten hatten zu kämpfen nicht nur mit dem Gegner der anderen Klasse, sondern auch mit den verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Aber die Bolschewisten waren es je und je, die trotz ihrer scharfen Kampfesart aufs entschiedenste den individuellen Terror, den politischen Mord, abgelehnt haben.

Nun wird in diesm Prozeß von Conradi und Polounine eine besondere Rücksichtslosigkeit der Bolschewisten in bezug auf die **Nationalisierung des Privateigentums,** eine besondere Grausamkeit in bezug auf die **Unterdrückung von konterrevolutionären Aufständen** behauptet und als Vorwand und Entschuldigung für diese Mordtat benützt. Nur historisch blinde Personen können solchermaßen argumentieren, nur Menschen, die alle Geschehnisse nach dem Einfluß auf ihr persönliches Wohlergehen beurteilen, während wir in der Geschichte ganz andere Tatsachen feststellen. Die historische Gerechtigkeit wird und kann sich nie in allen Fällen decken mit dem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden, im vorliegenden Fall insbesondere nicht mit dem stark ausgeprägten, engbegrenzten, egoististischen Instinkt.

Die historische Gerechtigkeit ist nach Ablauf einer Geschichtsepoche zuweilen grausam. Der einzelne empfindet das wenigstens. Der Weg der Geschichte und der historischen Gerechtigkeit führt über Trümmer und Leichen. Aber er **geht immer vorwärts** und letzten Endes **immer aufwärts,** und immer größere Massen der menschlichen Gesellschaft werden in die Gunst der historischen Entwicklung einbezogen. **Dürften wir wünschen, daß sich die großen Umwälzungen lieber nicht vollzogen hätten, weil sie, vom Standpunkt des einzelnen aus gesehen, Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten im Gefolge hatten?**

Der Sturz des Zarismus war zweifellos in erster Linie ein Produkt der Kriegswirkungen, und trotzdem wollten die unmittelbaren Erben des Zarismus keinen Frieden schließen. Sie wollten die Millionen russischer Bauern in den Schützengräben festhalten, unbekümmert darum, ob dadurch das durch Korruption und Krieg ausgepowerte Land dem gänzlichen Ruin entgegengeführt werde. Hier aber setzte die bolschewistische Tätigkeit ein, mit ihrer ganzen Stärke, mit ihrer ganzen unerbittlichen Macht, mit ihrer aufopfernden Liebe zum Volke! **Frieden um alles,** das war die Parole, die die Bolschewisten unter das ganze Volk warfen. Frieden um alles! Darin erblickten Conradi und seine Geistesverwandten die Schmach der bolschewistischen Regierung. Und offenbar deshalb vereinigten Conradi, Polounine und Konsorten sich sofort mit den konterrevolutionären Monarchisten gegen die Bolschewisten. Und sie haben alle Zeit keine Schmach darin gesehen und empfunden, daß sie in den Weißen Armeen **als gehorsame und bezahlte Diener der Entente** alles daransetzten, um das Blut des russischen Volkes in Strömen weiterfließen zu lassen.

Es ist seltsam, daß Conradi und Polounine, die sich so sehr über die Grausamkeiten der Bolschewisten beklagen, nichts zu erzählen wissen über die Unmenschlichkeiten, die die Weißen Armeen sich haben zuschulden kommen lassen. Die Bolschewisten führten den Kampf auf allen Fronten mit der größten Ausdauer und Hartnäckigkeit, mit dem größten Mut und unter allen Entbehrungen! Der Kampf war aber nicht nur an den Fronten geführt, sie mußten auch gegen die Komplotte innerhalb des Landes ankämpfen. Sie mußten die stark gewordenen konterrevolutionären Komplotte schwächen, entwaffnen, ihnen alle Mittel nehmen. Und wenn man den Bolschewisten zum Vorwurf macht: sie haben nationalisiert, sie haben requiriert und füsiliert, so geschah es an denen, die als gefährlichste Feinde im Innern des Landes aktiv waren. Gefährlich durch das große Organisationsnetz im ganzen Lande herum. Daß dem so war, hat der langandauernde Bürgerkrieg gezeigt, in dem die Weißen Armeen unterstützt und finanziert wurden von allen reaktionären und imperialistischen Mächten Westeuropas.

Entweder rücksichtsloser Kampf gegen alle bewußten Feinde des ausgepowerten Russenvolkes, gegen alle jene, die als verschwindende Minderheit ihre egoistischen Interessen verfolgten; oder Preisgabe der vitalsten Interessen von über hundert Millionen Russen: das war die Alternative, vor die die Bolschewisten gestellt waren. Daß sie den Entscheid richtig gefällt haben, daß sie den **Kampf im Interesse des ganzen Volkes führten,** ist bewiesen durch die flammende Begeisterung auch des letzten Rotgardisten, ob vom Lande oder aus der Stadt, die Errungenschaften der Revolution mit dem letzten Blutstropfen zu verteidigen. Und eben diese **flammende Begeisterung, diese völlige Hingabe des Einzelnen für die große Sache der Befreiung des ganzen Volkes, hat der Roten Armee die Ueberlegenheit über die Weißen Armeen verliehen,** hat der Roten Armee die Kraft gegeben, alle Fronten der Weißen zu besiegen und zu vernichten.

Geschichtlich betrachtet waren eben die Weißen Armeen die Verfechter einer verlorenen Sache. Ihre Angehörigen waren, bar jeden Ideals, nur von Abenteurerlust, von Haß und Egoismus getrieben, und nach der Zertrümmerung der Weißen Armeen und mit dem Schwinden der letzten Hoffnung, Herr im Lande zu bleiben, wucherte in Conradi und seinen Gefährten der niedrigste Egoismus. Dieser Egoismus, er allein hat ihn zu dem werden lassen, was er heute ist: er vernichtete eine große Persönlichkeit nicht anders als ein wildes Tier es getan haben würde.

Nach alledem, was wir uns objektiv vergegenwärtigten, kann kein unparteiischer Richter die Angeklagten Conradi und Polounine anders als gemeine Verbrecher beurteilen, deren Taten den niedrigsten Motiven entsprungen sind. Walten Sie, meine Herren Geschworenen, Ihres Amtes!

Rote Hilfe

Die KPTsch. und die Internationale Rote Hilfe.

Resolution der am 20. und 21. Oktober in Kladno tagenden Reichskonferenz der KPTsch. zur Frage der Internationalen Roten Hilfe.

** Nach Entgegennahme des Referats über die politische Lage, und der Informationen des Vertreters der IRH., beschließt die Reichskonferenz der IRH., der Frage der Roten Hilfe mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Die gewaltigen Kämpfe, die heute dem internationalen Proletariat und dem deutschen Proletariat im besonderen von der internationalen Bourgeoisie und dem Kapitalismus mit seinen faschistischen Banden aufgezwungen werden, werfen bereits ihre Schatten voraus. Tausende und Zehntausende Gemaßregelter, Hunderte von Ermordeten, Verwundeten und Inhaftierten, sind die Opfer der ersten Abwehrkämpfe des deutschen Proletariats. Grauenhafteste Not und schrecklichstes Elend stehen hinter diesen Ziffern, und vielleicht werden schon die nächsten Tage neue Kämpfe und neue Opfer mit sich bringen, die um das Tausendfache alle bisher von dem deutschen Proletariat gebrachten Opfer übersteigen werden.

In diesem Moment ergeht an das Proletariat der tschechoslowakischen Republik der Ruf zur aktiven und praktischen internationalen Solidarität.

Zu gleicher Zeit ergeht an das tschechoslowakische Proletariat und an die tschechoslowakische Bauernschaft der Ruf der Arbeiter und Bauern Bulgariens. Tausende von ihnen sind in den Kerkern Bulgariens der furchtbaren Rache der bulgarischen Bourgeoisie ausgesetzt, und Tausende und aber Tausende der Besten des bulgarischen Proletariats, der bulgarischen Bauernschaft, befinden sich im Exil, gehetzt und verfolgt von den weißen Garden der Bourgeoisie.

Hunger, Elend und Verzweiflung wartet der Hinterbliebenen, der Frauen und Kinder der Gefallenen, der eingekerkerten und emigrierten Revolutionäre.

Auch hier gilt es einer elementaren proletarischen Pflicht zu genügen und dem Rufe der bulgarischen Brüder zu antworten mit der Mobilisierung aller Hilfskräfte des Proletariats.

Die Reichskonferenz der KPTsch. ist sich der ungeheuren Aufgaben, vor die die gegenwärtige Situation sie stellt, bewußt. Sie ist sich vor allem bewußt, daß die Kampfkraft des deutschen Proletariats wie die neue Sammlung der revolutionären Kräfte des bulgarischen Proletariats wesentlich davon abhängen wird, in welchem Maße es den Kommunistischen Parteien gelingen wird, die aktive und praktische Solidarität der breitesten Massen zu mobilisieren und durch eine wirkliche, reale und großzügige Hilfe dem kämpfenden deutschen Proletariat ebenso wie dem geschlagenen bulgarischen Proletariat zu Hilfe zu kommen.

Die Reichskonferenz der KPTsch. beschließt deshalb:

1. Sofort an die Bildung einer **Sektion der Internationalen Roten Hilfe** unter Hinzuziehung aller revolutionären Arbeiterorganisationen (Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Turn- Sport-, Jugend- und Frauen- sowie alle in Frage kommenden Arbeiterorganisationen und Arbeitervereine) heranzugehen;

2. das Zentralkomitee der Partei zu beauftragen, sofort ein Mitglied der Parteizentrale oder einen besonderen Ver-

treter für sie mit der Bildung eines besonderen Zentralkomitees der Roten Hilfe der Tschechoslowakei nach den Direktiven des ZK. der IRH. und unter Hinzuziehung der obengenannten Organisationen zu betrauen.

3. In allen Bezirken ist die Bildung von entsprechenden Bezirkskomitees der Roten Hilfe in die Wege zu leiten. Die Bezirkskomitees haben in engster Verbindung mit dem zu bildenden Zentralkomitee der Roten Hilfe der Tschechoslowakei und nach dessen Direktiven die praktische Sammel- und Propagandatätigkeit sofort aufzunehmen.

4. Das zu bildende Zentralkomitee der Roten Hilfe der Tschechoslowakei wird beauftragt, eine breite Hilfsaktion (Sammlungen, besondere Veranstaltungen zu Gunsten der RH. usw.) für das kämpfende deutsche Proletariat und für das bulgarische Proletariat sofort in die Wege zu leiten.

5. Eine breite und großzügige Presse-Kampagne durch die Partei- und Gewerkschaftspresse ist sofort einzuleiten.

6. In allen von der Partei arrangierten Versammlungen ist die Frage der Internationalen Roten Hilfe im Rahmen der allgemeinen politischen Linie der Partei aufzurollen.

Buchbesprechung

Wssewolod Iwanow: „Farbige Winde"*)

Von K. Cs.

** Die Erzählung von Wssewolod ist eine der schönsten, literarisch wertvollsten Neuerscheinungen der jungen revolutionären russischen Literatur. Wssewolod hat sich übrigens schon durch mehrere prächtige Novellen und Erzählungen, u. a. mit der Erzählung über den „Panzerzug No. 14—69", bekannt gemacht. Seine Literatur ist keine Tendenzliteratur, es kommt darin keine direkte politische Agitation zum Ausdruck, was heutzutage bei sozialistisch eingestellten Werken oft der Fall ist. Im Gegenteil, in seiner Erzählung spiegelt sich in einer ganz selbstverständlichen Weise in literarischer Form seine Geschichtsphilosophie wider. Die eigentliche agitatorische Kraft der Erzählung geht indirekt aus der ihr entströmenden Weltanschauung hervor. Mit reichgestaltiger Symbolik führt uns der Verfasser durch die Ereignisse im russischen Dorf während des Bürgerkrieges, durch Sibirien, in die kirgisische Steppe. Es gärt und brodelt in der Volksmasse, ganz unbewußt flammt in den Seelen der russischen Bauern die Revolution auf. Die Revolution ist hier keine Konspiration von einzelnen Menschen oder Gruppen, die den Köpfen einiger Individuen entspringt, wie man dies oft in älteren russischen sozialrevolutionären Romanen zu lesen gewohnt war, sondern sie ist eine elementare Urkraft und wirkt wie ein Erdbeben. Die Menschen — Bauern, Arbeiter, Rotarmisten, Kommunisten — sind bloß Marionetten, elementar handelnde Masse, die ohne Romantik, ohne Illusionen ihren Weg gehen und zum großen Teile ganz unbewußt im Wirbel der Zeiten von großen historischen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten weitergetrieben werden. Ihr Tun und Schaffen, ihre individuellen Geschehnisse sind stets determiniert. Sie leben, lieben, kämpfen, töten, sterben, machen Aufstände, sind einmal revolutionär, einmal reaktionär, aber sie werden, ohne zu wissen und zu wollen, stets getrieben von „farbigen Winden", die wirtschaftliche Lage zwingt sie stets in die Laufbahn der Revolution. Zwischen märchenhaften bäuerlichen Idyllen, korngoldenen, wiesengrünen Farben, in Steppen, Bergen und Tälern, am Meer und in Bauernhütten, wo es nach Acker und warmem Kuhdünger riecht, inmitten der sibirischen Dorfpracht, umweht von blauen und rosigen Winden, entfalten sich im scharfen Kontrast zu diesem weichen Milieu die dramatischen Ereignisse der Revolution, der Bauernaufstände. In den Schilderungen des Verfassers über das bäuerliche Milieu gibt es Stellen, wo eine eigentümliche, kristallhelle, lieblich-naive Dorfpoesie zum Ausdruck kommt. Z. B.: „Es roch nach grünem, aufgelockertem Heu, nach warmem Viehatem. In einem Holztrog lag ein dunkelblauer Salzklumpen. Eine blauäugige Kuh leckte am Klumpen mit ihrer weiß-rosigen Zunge. Ein Spatz setzte sich auf den Rand des Holztroges und betrachtete mit seinen glänzenden, erstaunten Aeuglein das Salz und die Menschen." Die Bauern sind dunkel, gläubig, durch alte Sittengesetze gekettet, brutal und weichherzig. Unter dem Drang der wirtschaftlichen Verhältnisse suchen sie nach einem Ausweg, sehr oft auf Irrwegen. Der Bauer Ssemjon z. B. tötet einen Rotarmisten wegen des Steckbriefes der Gemeinde, die für jeden getöteten Rotarmisten 40 Rubel auszahlt, mit einer solchen naiven bäuerlichen Selbstverständlichkeit, daß man ihn wirklich nicht zur Verantwortung ziehen kann. Jedoch in dieses gärende, brausende Dunkel der rebellierenden Bauernseele posaunten stets in klarer, zielbewußter, haarscharfer Form die Richtlinien der Russischen Kommunistischen Partei hinein.

Der Bauer will einen neuen Glauben haben, aber er kann ihn nicht formulieren. Der Bolschewismus nimmt seine unklaren Wünsche in sein Programm auf. Der Bolschewismus wird zur Bauernreligion. Er zürnt dem Koltschak, weil er ihm das von den Bolschewisten gegebene Land wegnimmt, deshalb fühlt er sich als Bolschewik. Wssewolod verkörpert in einem Petersburger Arbeiter, als zielbewußten Kommunisten, klar und mit feinen Nuancen den Unterschied zwischen Bauer und Industriearbeiter, einem Proletarier, der weiß, wofür er kämpft, gegenüber dem Bauern, der es bloß ahnt. Der Ton der Erzählung wirkt oft dramatisch, originelle Dialoge unterbrechen das märchenhafte bäuerliche Milieu. Die Struktur der Dialoge erinnert an den Expressionismus. Der Bauer spricht nicht in klaren Sätzen zu seinem Mitmenschen. Seine Zweifel kommen in unklaren Andeutungen, in Symbolen, in lückenhaften Assoziationen zum Ausdruck. Je ein Gedankengang wiederholt sich zum Beispiel oft nur in Form eines symbolischen Stichwortes. Schwer und träge funktioniert das Gehirn, der Bauer trägt den Geruch von Erde und Schweiß an sich. Und trotz alledem rollt in monumentalen, elementaren Wellen die alles erschütternde proletarisch-bäuerliche Revolution durch Rußland, und in den dunklen Bauernmassen glimmt die lodernde Flamme der Zukunft.

*) Wssewolod Iwanow: „Farbige Winde". Erzählung. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8, 1923; deutsch von Eduard Schiemann; Umschlagszeichnung von Karl Holtz.

Aufrufe

Heraus zur Hilfe für die revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens!

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

** Die bulgarischen Arbeiter und Bauern sind nach heroischen Kämpfen von der Regierung Zankow niedergeschlagen worden. Arm in Arm mit den Wrangelbanden und den bulgarischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern **waten die bulgarischen Sozialdemokraten heute im Blute der revolutionären Arbeiter und Bauern** Bulgariens.

Ein wüstes Schreckensregiment tobt in Bulgarien.

In den Arbeitervierteln wütet die weiße Soldateska. Die Dörfer der revolutionären Bauern werden eingeäschert. Tausende von aufständischen Arbeitern und Bauern sind bereits gemordet, über 5000 Revolutionäre in die Kerker der bulgarischen Faschisten geworfen worden. Weitere Tausende von Revolutionären wurden im Kampfe über die Grenzen Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei geworfen.

Die bestialische Wut der bulgarischen Konterrevolutionäre kennt keine Grenzen. Erbarmungslos rast der weiße Terror durch das bulgarische Land. **Ganz Bulgarien erbebt unter der Furchtbarkeit des von Wrangelbanden geführten Gemetzels.**

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder! Die Kämpfe der revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens sind Eure Kämpfe. Die Opfer des faschistischen Terrors in Bulgarien sind Eure Opfer. Eure Brüder und Schwestern sind es, die unter den Händen der Mordbanden in Bulgarien ihr Leben aushauchen. Unsere bulgarischen Brüder kämpften für Eure Sache. Niedergeschlagen von dem bulgarischen Faschismus, rufen sie jetzt Eure Hilfe an.

Zeigt dem bulgarischen Faschismus, daß hinter den bulgarischen Arbeitern und Bauern das Proletariat aller Länder geeeint und geschlossen steht!

Erhebt laut Eure Stimme gegen das bestialische Wüten der bulgarischen Faschisten!

Gebietet durch Eure vereinten Kräfte dem Rasen der entfesselten bulgarischen Konterrevolution ein trotziges Halt!

Helft und sammelt sofort für unsere bulgarischen Kämpfer!

Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe.

An unsere Leser in Deutschland!

Für die am 17. November beginnende Bezugswoche beträgt die Bezugsgebühr für die „Internationale Presse-Korrespondenz"

für die Wochenausgabe . . . . . 60 Milliarden,
für die 3mal wöchentlich erscheinende Ausgabe 72 Milliarden.

Wir bitten um sofortige Uebersendung dieser Beträge.

Die Geschäftsleitung der „Inprekorr".

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 36-38.